

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Bezugspreis 4.60 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kreuzstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt & Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 155.

Herford, Montag, den 5. Juli 1920

38. Jahrgang.

Der richtige Weg.

Eine Entschliebung des Amtes Enger.

Es ist hoch erfreulich, daß in unserer Heimat Erzeuger und Verbraucher sich in zunehmendem Maße finden in der Erkenntnis, daß Deutschlands einzige Rettung die Verbilligung der Produktion ist, wie wir das in unserer Zeitung in letzter Zeit wiederholt nachdrücklich hervorgehoben haben.

Zu einem besonders bemerkenswerten Schritt, ganz im Sinne der hier wiederholt gegebenen Anregungen, hat sich neuerdings das Amt Enger entschlossen. Seine Amtsvertretung hat mit den Vertretern der zum Amt gehörigen neun Gemeinden über die Lage auf dem Lebensmittelmarkt beraten. Das Ergebnis dieser Besprechungen war die einstimmige Annahme der folgenden Entschliebung:

I.

Die festgesetzten

Preise für Kartoffeln und Fleisch

sind derart hoch, daß der größte Teil der Verbraucher, besonders noch im Hinblick auf die immer mehr zunehmende Arbeitslosigkeit, diese Preise nicht bezahlen kann. Mit größter Beunruhigung sieht daher namentlich die erwerbstätige Bevölkerung der Zukunft entgegen. Die Erregung über die hohen Preise steigt täglich.

Ungeachtet der unerträglichen Preise für Fleisch und Kartoffeln fordern wir von der Reichsregierung, daß sie schleunigst die Preise für heimische Lebensmittel, besonders für Herbstkartoffeln, herabsetzt und ferner, daß sie ernstlich und sofort mit dem systematischen

Abbau der Zwangswirtschaft

beginnt. Andernfalls müssen wir jede Verantwortung für Aufrechterhaltung der Ruhe u. Ordnung ablehnen.

II.

Gleichzeitig erwarten wir von den Kartoffelerzeugern des Amtes Enger, daß sie die gespannte Stimmung der arbeitenden Bevölkerung einsehen und, dem Beispiele der lippischen Landwirte folgend, sich entschließen, den unmöglichen Kartoffelpreis von 30 M für den Zentner auf einen

angemessenen Betrag für unsere Bevölkerung

herabzusetzen. Wir bitten auch den Landwirtschaftl. Ortsverein nach Benehmen mit den landwirtschaftl. Gemeindevereinen nach dieser Richtung hin zu wirken und baldigst in einer Versammlung unter Zuziehung von Verbrauchervertretern für das ganze Amt einen einheitlichen Preis festzusetzen.

III.

Bis jetzt sind mehr als 250 Anträge auf

Unterstützung von Tabakarbeitern

dem Hauptzollamt in Minden eingereicht. Die Festsetzung der Unterstützungen hat aber bis jetzt noch in keinem Falle stattgefunden. Die beteiligten Arbeiter geraten durch das lange Warten auf die Unterstützung in Not. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, Vorstöße aus eigenen Mitteln zu leisten, da ihnen vom Reiche Anteile an dem Aufkommen an Reichseinkommensteuer noch nicht überwiesen sind, das Landesfinanzamt auch Vorstöße an die Gemeinden abgelehnt hat.

Wir richten an das Hauptzollamt die dringende Bitte, möglichst umgehend die Anträge zu prüfen und zur Zahlung anzuweisen und bemerken dabei, daß seitens des Amtes bereits vor 2 Wochen Anträge eingereicht sind.

Diese Kundgebung wird ihren Eindruck nicht verfehlen. Die darin festgelegten Richtlinien entsprechen sowohl dem Willen der Landwirte, als auch dem der Konsumenten. Und gerade diese Tatsache muß vor allem gewertet werden. Besonders wertvoll ist die Anregung, daß der landwirtschaftliche Ortsverein unter Beteiligung von Vertretern der Verbraucher für das ganze Amt einen einheitlichen Preis für Kartoffeln festsetzen möge. Gossentlich fällt dieser Vorschlag auf einen fruchtbaren Boden auch in den übrigen Amtsbezirken. Der hier vorgeschlagene Weg der freien Selbsthilfe ist der

Das Neueste vom Tage.

Trotz der Anordnungen der Entente stören die Polen die Durchfahrt der Abstimmungsberechtigten. Die Zurückgewiesenen werden auf dem Seewege befördert.

Nach „Havas“ hat die Zusammenkunft der militärischen Sachverständigen der Entente in Brüssel die Auffassung ergeben, daß Deutschland unter allen Umständen entwaffnet werden müsse.

Bei der Konferenz in Brüssel wurde über die Verteilung der deutschen Entschädigung folgendes Einvernehmen erzielt: Frankreich erhält 52 Prozent, England 22, Italien 10, Belgien 8 und Serbien 5 Prozent. Der Rest wird unter Rumänien, Portugal und Japan verteilt. Italien soll außerdem noch eine Kompensation wirtschaftlicher und finanzieller Art erhalten. Die Frage der Wiedergutmachung hat noch keine Regelung gefunden.

Nach der „Chicago Tribune“ sollen die Verbündeten dahin übereingekommen sein, Belgien eine Priorität für 2½ Milliarden Goldmark zu gewähren.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat die in Frage kommenden Regierungen telegraphisch verständigt, daß die internationale Finanzkommission zum Völkerbundsrat auf den 23. Juli einberufen worden ist.

Pikurski hat einen dringenden Hilferuf an Joch gerichtet, da das polnische Meer zu weiterem Widerstand unfähig sei.

Nach Londoner Meldungen haben die Sowjets Lemberg erobert.

In Riga wurde eine bolschewistische Verschwörung aufgedeckt. Dabei ergab sich, daß sich in Lettland 600 organisierte Bolschewisten befinden, 200 in Riga.

Die lettisch-russischen Friedensverhandlungen wurden von Moskau nach Riga verlegt.

In diesem Augenblick alleinerfolgsversprechende. Alle, die ihn begünstigen und erleichtern, tragen zur stärksten Entspannung der Lage bei.

Das weitere Verlangen des Amtes Enger nach einer Beschleunigung in der Erledigung der Unterstützungsanträge für arbeitslose Tabakarbeiter ist sehr berechtigt. Wenn auch die Steuer-Behörden jetzt mit Arbeiten aller Art befaßt sind, so geht es doch keinesfalls an, daß dadurch eine Notlage von zahlreichen Familien herbeigeführt wird. Unsere Tabakarbeiter befinden sich teilweise in sehr bedrängten Verhältnissen. Es ist Pflicht des Reiches, hier gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sofort einzuschreiten. Der Notschrei von Enger darf nicht unbeachtet bleiben.

Das deutsche Gutachten für Spa.

Das eingehende Gutachten der deutschen wirtschaftlichen Sachverständigen über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das am 30. Juni dem Obersten Rat neben zwei amtlichen Denkschriften über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Steuerbelastung in Deutschland von der deutschen Regierung als Material für die Verhandlungen in Spa überreicht worden ist, enthält in seinem ersten Teil eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es werden zunächst die vernichtenden wirtschaftlichen Wirkungen der Waffenstillstandszeit geschildert, weiter die Minderung der deutschen Produktivkräfte durch den Vertrag von Versailles und ihre verhängnisvollen Folgen in allen ihren Einzelheiten. Das Gutachten geht dann kurz auf den Zustand der deutschen Finanzen und auf die durch die neuen Steuern verursachte Belastung der deutschen Volkswirtschaft ein.

Der zweite Teil des Gutachtens beschäftigt sich mit den Voraussetzungen zur Feststellung des Wiedergutmachungsbetrages, und behandelt zunächst das Angebot der deutschen Friedensdelegation in Versailles vom 29. Mai 1919, wobei Deutschland sich zu Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Gold verpflichten wollte. Die Sachverständigen halten an sich den Grundgedanken des Angebots und die Erwägungen, von denen es ausging, im Prinzip auch heute noch für richtig. Eine Wiederholung dieses Angebots könne jedoch heute nicht mehr erfolgen, weil einmal von den damals als intergrierender Teil des deutschen An-

gebots aufgezählten Voraussetzungen (vor allem Befassung Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens und des Saargebiets, Selbstbestimmungsrecht für Deutsch-Ostreich, Befassung der Kolonien als Mandatar des Völkerbundes, Verzicht auf Auslieferung der Handelsflotte, keine Okkupation deutschen Gebiets) auch nicht eine einzige erfüllt worden sei, sondern aber auch die gesamte äußere und innere Wirtschaftslage Deutschlands sich unter erheblicher Mitschuld der alliierten und assoziierten Mächte wesentlich verschlechtert habe.

Schließlich beschäftigt sich die Denkschrift mit den Voraussetzungen für die Abgabe eines neuen deutschen Angebots und kommt zu dem Ergebnis, daß ein solches Angebot nur möglich ist, wenn bei der Ausführung des Vertrages von Versailles von folgenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die allerdings eine abschließende Aufzählung nicht darstellen:

Deutschland wird im Wege der Gegenseitigkeit Meistbegünstigung, wirtschaftliche Gleichberechtigung und Rechtssicherheit im Ausland gewährt.

Der Wirtschaftsfrieden wird durch ausdrücklich zugesagende Nichtanwendung der Repressalienklausel gesichert.

Deutschlands Wirtschaftshoheit im Inland bleibt unangetastet.

Deutschlands Einheit als Zollgebiet wird durch keinerlei Eingriffe gefährdet.

Freier Verkehr mit Ostpreußen wird gewährleistet.

Die Lasten aus der Okkupation werden durch Begrenzung gemildert.

Die Restitutionsen der aus den besetzten Gebieten weggeführten Gegenstände müssen in das System der Wiedergutmachungsschuld eingegliedert werden.

Die finanzielle Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Bundesgenossen wird unter Mitwirkung der Entente ermöglicht.

Deutschland wird der zu seiner Existenz notwendige Schiffsraum zur Verfügung gestellt.

Der Gegenwart der bereits liquidierten und das Eigentum an den noch nicht liquidierten deutschen Rechten und Interessen im Ausland bleibt den Berechtigten zu unmittelbarer Verfügung erhalten.

Die Erhaltung Oberschlesiens bildet die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung für Deutschland. Sollte wider alles Erwarten die Abstimmung gegen Deutschland ausfallen, so würde die Abgabe eines deutschen Wiedergutmachungsangebots hinfällig werden müssen, da die Unfähigkeit Deutschlands zu nennenswerten Leistungen ohne Gegenleistung ohnehin für alle Welt erkennbar sein würde.

Das Gutachten schließt: Selbst nach Erfüllung dieser Voraussetzungen bleibt Deutschlands Lage ungeklärt und gefährdet. Es besteht für noch nicht absehbare Zeit keine andere Möglichkeit, als den Notwendigkeiten des Staatshaushalts, soweit äußerste Einschränkungen und stärkste Steueranspannung nicht ausreichen, durch hemmungslose Ausgabe neuer Papiergeldes zu genügen. Dieses Verfahren läßt sich wegen der sozialen Wirkungen der ständigen Preisveränderungen nur noch kurze Zeit fortsetzen. Was dann kommen wird, ist ungewiß.

Ohne raschen Beginn wahrhaft solidarischen Zusammenarbeitens der Völker sind die in der gestörten Weltordnung liegenden Ursachen der Wirtschafts- und Währungsnot nicht zu beseitigen.

Die Ankunft der deutschen Delegierten in Spa.

Wth. Spa, 4. Juli. Der Sonderzug mit der deutschen Delegation ist kurz vor 2 Uhr ohne Zwischenfall hier einetroffen. Der Bahnhof war militärisch abgesperrt. Die zahlreich erschienene Menge verhielt sich schweigend. Die Delegation wurde im Zuge von dem Generalsekretär der Konferenz Jacquenot und Graf Duchalet im Namen der belgischen Regierung begrüßt und begab sich in Staatsautomobilen zu ihren Absteigequartieren.

Keine Erörterung des Friedensvertrages in Spa?

Wth. Brüssel, 4. Juli. Lloyd George erklärte bei einem Empfang belgischer Journalisten, die Deutschen hätten kein Recht, auf der Konferenz in Spa den Versailler Friedensvertrag zur Erörterung zu bringen, sondern hätten nur ihre Ansichten gegenüber den auf die Durchführung des Vertrages zielenden Maßnahmen fundiert. Bezüglich der Entschädigungsfrage sprach Lloyd George das Vertrauen aus, daß man zu einem Einvernehmen gelangen werde.

Belgiens Forderungen.

Wth. Paris, 4. Juli. Laut Petit Parisien verlangt Belgien außer dem bestimmten Anteil an der Entschädigungssumme noch die Zuweisung der als gute Preise im Hafen von Antwerpen liegenden deutschen Handelsschiffe sowie die Zusage, daß Deutschland die in den Händen der belgischen Regierung befindlichen sieben Milliarden Mark zum Nominalwert von 1,25 Frank zuzüglich Zin-

ten zurücknehmen. Weiter erklärt Petii Parfien, daß Willerand Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verlangt habe, falls es mit Kohlenlieferungen weiter im Verzug bleibe. Er sei aber auf den Widerstand Lloyd Georges gestoßen.

Deutscher Reichstag.

dd. Berlin, 3. Juli.

Der erste Hammelsprung im Reichstag wurde heute bei der Abstimmung über die sofortige Besprechung der unabhängigen Interpellation über das freisprechende Kriegsgerichtsurteil gegen die Marburger Zeitfreiwilligen vorgenommen. Obwohl der Reichswehrminister Gessler erklärt, er könne die Interpellation nicht eher beantworten, als bis das Urteil, gegen das Revision eingelegt ist, rechtskräftig geworden sei, beharren die Unabhängigen bei ihrem Verlangen nach sofortiger Besprechung. Für denselben stimmten nur die beiden sozialistischen, gegen ihn alle anderen Parteien. Trotzdem war das Büro zweifelhaft, ob die Mehrheit steht oder sitzt. Der Hammelsprung ergab dann erst die Ablehnung des Antrages Ledebour mit der nicht sehr erheblichen Mehrheit von 182 gegen 142 Stimmen. Der demokratische Antrag über die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften, der dann zur Beratung kam, ergab eine seltene Ueber einstimmung aller Parteien darin, daß diese Prüfung unbedingt notwendig sei. In seiner Begründung des Antrages wies der demokratische Abg. Hamn, ein sympathisch wirkender Bayer, der schnell das Ohr des ganzen Hauses fand, daraufhin, daß in Gemeinschaft mit dem Reichswirtschaftsrat sofort der Abbau der noch bestehenden Kriegsgesellschaften in Angriff genommen werden müsse. Er wünschte, daß bei der vorzunehmenden Untersuchung auch die Geschäftsergebnisse der letzten Jahre und die Namen der Leiter mitgeteilt würden. Der lebhafteste Beifall, der diesen Worten folgte, zeigte, daß der Reichstag bereits sein einstimmiges Verdikt über das Geschäftsgebahren der Kriegsgesellschaften gesprochen hat, und daß der Prüfungsausschuß, dessen Einsetzung einstimmig beschlossen wurde, nur noch die Begründung im einzelnen für dieses Urteil zu liefern hat.

Bei der Aussprache um die Einsetzung eines anderen parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Kriegsurteile auf Grund des Artikels 84 der Verfassung waren die Meinungen geteilt. Auch diesmal stimmte die Deutsche Volkspartei mit der äußersten Rechten und die Begründung, die Dr. Kieffer gab, unterschied sich in nichts von der des deutschnationalen Redners Warmuth. Recht lebhaft wurde die Aussprache noch, als der Antrag der Mehrheitssozialisten, die Militärgerichtsbarkeit abzu schaffen, auf die Tagesordnung kam. Schließlich wurde der Antrag einstimmig an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern überwiesen.

Gegen den Steuerabzug.

Bremen, 3. Juli. Die Vollversammlung der Bremer Betriebsräte nahm eine Entschließung an, worin die Bremer Regierung aufgefordert wird, sofort Schritte bei der Regierung zu unternehmen, daß der zehnprozentige Steuerabzug, der nur einseitig die Arbeiterlast belastet, aufgehoben wird. Widrigenfalls sei die Vollversammlung der Betriebsräte gewillt, zur Durchsetzung ihres Verlangens die Arbeiterkraft zum Generalstreik aufzurufen. Die Vollversammlung fordert alle Betriebsräte Deutschlands auf, unverzüglich zu den gleichen Forderungen Stellung zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die Spontandemonstrationen der Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen gleichzeitig durchgeführte Generalstreikaktionen schnellstmöglich vorbereiten.

Halle, 3. Juni. Die Bergarbeiter im Mansfelder See- und Gebirgsrevier sind heute in den Streik getreten. Sie wollen die Arbeit nicht eher aufnehmen, bis die Bestimmungen über den zehnprozentigen Lohnabzug aufgehoben sind. Die Bergarbeiter im Geiseltal beraten im Augenblick, ob sie in den Streik treten wollen.

Ein und jetzt.

Wie rasch sich doch die Ansichten ändern. Kaum sind drei Wochen verflossen seit dem „Sieg“ der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, und jetzt bekennen die „Sieger“ vom 6. Juni, rechts wie links, daß Dr. Peter-

sen, der Führer der, wenn auch nicht vernichteten, aber doch angeblich zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückten Deutschen Demokratischen Partei Sieger geworden ist bei der Bildung des neuen Reichsministeriums.

Da bekennen die „Kreuzzeitung“ in ihrem Abendblatt vom 29. Juni, daß die siegreiche „Deutsche Volkspartei“ aus der Regierungserklärung die von Dr. Peter sen vorge schlagenen Proteste gegen Klassen- und Rassenhaß und gegen machtpolitische Träume und Revanchegedanken nicht ausmerzen vermocht hat.

Da jammert die ebenfalls deutschnationale „Deutsche Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 29. Juni, daß, während in der programmatischen Erklärung Fehrenbachs, die Forderungen der Deutschen Volkspartei so gut wie gar nicht hervortreten, „die Demokraten, die doch im Wahlkampf am allerbesten abgeschnitten haben, auf die Gestaltung des neuen Regierungsprogramms, soweit es sich mit den innerpolitischen Fragen befaßt, ausschlaggebenden Einfluß gehabt haben“. Die „Deutsche Zeitung“ hebt ferner hervor:

„Die Deutsche Volkspartei hat in den wichtigsten Fragen, und zwar in Fragen, die sie gerade während des Wahlkampfes am stärksten betont hat, und die ihr einen starken Zustrom an Wählern gebracht haben, Zugeständnisse gemacht, die für sie in Zukunft vielleicht einmal noch höchst unangenehm fühlbar machen werden. Die Demokratische Partei hat fast alle die Forderungen, die in jener bekannten Erklärung des Parteivorstandes Dr. Peter sen aufgestellt waren bis auf den letzten Punkt durchgesetzt. Sie hat das Bekenntnis zur republikanischen Staatsform, die Ablage an den Antisemitismus in die programmatische Erklärung Fehrenbachs hineingebracht, sie hat auch in anderen wichtigen Punkten der Regierungserklärung den Stempel ihres Geistes aufgedrückt.“

Wie die „Sieger“ rechts, so die Sieger links. Die unabhängige „Freiheit“ bekundet:

„Das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung nützlich wäre. Die neue Regierung hat es auch sorgfältig vermieden, Töne anzuschlagen oder Gesetze anzukündigen, die als Herausforderung der Arbeiterkraft wirken könnten. Im Gegenteil.“

Mit dieser Kritik des Programms der neuen Regierung durch die extremen Oppositionsparteien von rechts und links kann Reichskanzler Fehrenbach und sein Kabinett sehr wohl zufrieden sein. Den Deutschnationalen ist es sicher nicht leicht geworden, so offen und rückhaltlos anzuerkennen, daß die von ihnen vor kurzem verhöhrte Deutsche Demokratische Partei bei der Neubildung der Regierung einen großen Erfolg errungen hat. Es ist aber nötig, dies Eingeständnis eines Sieges von Dr. Peter sen hervorzuheben, gerade weil es dem Gegner nicht leicht geworden ist.

D. P. K.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

5. Juli.

Ein Ultimatum an den Magistrat.

Die von der durch die U. S. P. am letzten Dienstag auf dem Rüberbruch abgehaltenen Demonstrationenversammlung gegen Forderung und Arbeitslosigkeit eingesezte Notkommission schickt uns unterm 4. Juli ein Schreiben an den Magistrat Herford mit der Bitte um Berücksichtigung zu, das einem verblühten, befristeten Ultimatum gleich kommt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Die heutige Sitzung der von der öffentlichen Versammlung vom 29. Juni eingesezten Kommission, die sich den Namen „Notkommission“ beigelegt hat, nahm Stellung zu dem uns mündlich erteilten Beschlusse des Magistrats vom 30. Juni, nach welchem drei Mitglieder von der Kommission für Erwerbslosenfürsorge und drei andere Mitglieder von der Lebensmittelskommission gehört werden sollen.

Die Notkommission spricht ihr Bedauern darüber aus, daß ihr heute, nach vier Tagen, noch kein schriftlicher Bescheid über die Entschließung des Magistrats vom 30. Juni zugegangen ist und bringt die Meinung zum Ausdruck, daß diese Wädhung einer Provokation gleich kommt, wofür der Magistrat die volle Verantwortung überlassen bleiben muß. Ganz zweifellos erhält die Auf fassung innerhalb der Bevölkerung, daß es dem Magistrat mit einer

durchgreifenden Milderung des jetzigen Notstandes nicht ernst sei und er es damit nicht besonders eilig habe, neue Maßnahmen. Schon wird ausgesprochen, daß, wenn die Herren vom Magistrat arbeitslos wären, keine Wohnung hätten und ausschließlich der minderbemittelten Volkschicht angehörten, in der Behebung des Notstandes ein ganz anderes Tempo zu erwarten sei.

Gewiß ist es zu verstehen, daß demjenigen, der über eine gut eingerichtete, ja vielleicht luxuriös ausgestattete Willen-Wohnung und damit über ein nur immer erstrebenswertes trautes Heim verfügt, die Größe der Bedrängnis des Wohnungsbedürfnisses nicht schnell zum Bewußtsein kommt als wie dem, der von dem Elend betroffen ist. Daß ferner auch demjenigen, der sich zu den Besitzern zählen darf oder doch über ein ausreichendes Einkommen verfügt, die Lösung der Arbeitslosenfrage nicht in dem Maße brennend erscheint, als wie dem, der selbst arbeitslos der schrecklichen Not überantwortet und der Gefahr ausgesetzt ist, unter der Fenerzunge zusammen zu brechen.

Vom Standpunkte der Menschlichkeit aber ver trägt die Binde rung der Not keinen Aufschub. Die Not schreit zum Himmel und heißt Abhilfe. Von diesem rein menschlichen Gesichtspunkte her die Bevölkerung ein Recht darauf, eine beschleunigte Erledigung zu fordern.

In dem Bescheide selbst steht die Notkommission den Versuch ihre Aktionsfähigkeit zu schwächen und ihr eine andere Betätigung auszuweisen, als wie ihr diese von ihrem Auftraggeber geboten. Die Notkommission muß es daher ablehnen, sich in verschiedenen Richtungen teilen zu lassen, sie muß darauf beharren, in ihrer Geschäftsfähigkeit zu bleiben und die sich ergebenden Verhandlungen mit den Körperschaften der Stadt vereint zu führen.

Wir ersuchen deshalb den Magistrat in aller Höflichkeit, wir aber auch mit aller Bestimmtheit, den Bescheid vom 30. Juni einer Revision zu unterwerfen und unseren beschiedenen Wünschen Rechnung zu tragen. Damit wir in der Lage sind, den Bescheid des Magistrats der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, erbiten wir uns denselben bis Dienstag, den 6. Juli mittags 12 Uhr.

Wir wollen nicht unterlassen, nochmals auf die steigende Unzufriedenheit hinzuweisen. Gerüchte durchziehen die Stadt, die die Schwere der Verhältnisse lassen. Es ist deshalb notwendig.

Die Notkommission, gez. Fritz Schmidt.

Schiedspruch in der Tabakindustrie.

Teuerungszulagen.

Unter dem Vorsitz des Referenten im Reichsarbeitsministerium, Herrn Dr. Richter, fanden von einem unparteiischen Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen statt zwecks Herbeiführung eines Schiedsspruches wegen Gewährung von Teuerungszulagen. Nach stündiger Dauer wurde ein Schiedspruch verkündet. Alle Affordarbeiter erhalten danach auf die gegenwärtige Tarifhöhe eine Teuerungszulage von 40 Prozent.

Alle Zeitlohnarbeiter erhalten:

männliche Arbeiter	bis 18 Jahre eine Zulage pro Stunde von 40 %
bis 20 „	„ „ „ von 55 %
über 20 „	„ „ „ von 70 %
weibliche Arbeiter	bis 18 Jahre eine Zulage pro Stunde von 30 %
bis 20 „	„ „ „ von 45 %
über 20 „	„ „ „ von 60 %

Die Nachzahlung erfolgt ab 1. Mai 1920. Die Brot- und Kartoffelzulagen sind mit dieser Zulage hinfällig geworden.

Durch diesen Schiedspruch erhalten die Zigarrenarbeiter und Zigarrenfortierer auf den gesamten Tariflohn ab 1. Mai noch eine Teuerungszulage von 40 Prozent. Brot- und Kartoffelzulagen, welche pro Kopf der Familie 1,50 M ausmachten, ist damit abgelöst.

— Eine Stadtverordnetenversammlung findet am nächsten Freitag nachmittags 5 1/2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung über die Befolgungsordnung der Beamten und Angestellten der Stadt Herford und die Währung von Teuerungszulagen an die städt. Arbeiter.

6. Radeviger Schützenfest. Seit sechs Jahren hat der Ortsteil eine solche Menschenmenge, solchen Festtrubel nicht gesehen wie gestern. Die Radeviger feiern ihr Schützenfest. Am Sonntagabend war trotz des Regens großer Hadelzug zum Schützenfest und von da zu den Festzügen, wo ein feucht-fröhlicher Kommers die Teilnehmer lange beisammen hielt. In üblicher Weise folgten der Musikarche statt, auf dem Festplatz sorgten Wirtshäuser, Tanz, Volksbelustigungen und Preisstiefen für Kurzweil. Abends 11 Uhr mit Musik der allgemeine Rückmarsch angetreten.

er wird unglücklich sein, und sie mit unglücklich machen. Um ihn und seine Willen muß er sie lassen. Und will er das, dann erhebt er, wie haltlos die Schritte sind von den klaren Augen des Geistes und will er wiederum das Glück ergreifen, so schwebt das Glück und der Geist vermag nichts gegen seine vernichtende Gewalt. Daneben mahnten immer lauter die Glöckchenklänge von Georg. Immer fieberhafter wurde die Unruhe, daß der Fest noch nicht beendet war. Neuere Anlässe schärften noch den Druck. Es hatte anhaltend geregnet, die Erde schluckte, die Verschüttung des Wassers gurgelte ein; das Holz mußte verfaulen. Erst Winterfälle stärker ein, froh die Masse im Holz, so warf sich Verachtung und verlegte die Schiefer. Die Stadt, die sich Pflichttreue vertraute, litt Schaden durch ihn. Jede Nacht war ihn der Stundenklag. Zwei. In der Stille des Fiebers vernahmten sich die Schatten. Die Vorwürfe des inneren und äußeren Sanfterlebensbedürfnisses floßen ineinander. Immer unübersehbarer forderte die offene Wunde das Geruch; das gähnende Grab, der es schloß. Und er war es, den der Stundenklag nachrichtig rief; er, der das Grab schließen mußte, ehe das gähnende Unheil auf ein unschuldig Haupt fiel. Sich selbst hatte er kommende Unheil fertig gehämmert. Er mußte hinaus, den Fest zu beenden. Und wenn er oben war, dann schlug es zwei, er packte ihn der Schwindel und rief ihn hinab, den Bruder nach. Der alte wadere Baugher drang in den Leidenber; er schloß das Recht annehmen, sein Vertrauen zu fordern. Apollon lächelte trüb; er schlug ihm sein Verlangen nicht ab, aber er die Erfüllung von Tag zu Tag weiter hinaus. Von Tag zu von Stunde zu Stunde sah die schöne junge Braut ihn bleichen werden und blieb ihm nach. Nur der alte Herr in seiner Weisheit sah die Wolke nicht, die mit dem Schlimmsten droht. Es wieder schwül geworden und wurde noch immer schwüler. Leben in dem Hause mit den grünen Läden. Kein Mensch dem roßigen Hause an, wie schwül es einmal darin war.

(Fortsetzung folgt)

Zwischen Himmel und Erde.

Erzählung von Otto Ludwig.

Dem alten Herrn war in seinem äußeren Erbegriff ein Zusammenleben wie Apollonius' und Christians ohne kirchliche Weihe ein schweres Vergnügen. Apollonius konnte ohne Schande nur unter dem Namen ihres Vaters den jungen, schönen Witib und ihrer Kinder Schützer und Erhalter sein. Nach seiner Weise sprach er ein Nachwort. Er bestimmte die Zeit. Das unumgängliche Trauerjahr war um; und in acht Tagen sollte die Verlobung, drei Wochen später die Hochzeit sein.

Das Leben in dem Hause mit den grünen Läden begann wieder schwül und schwüler zu werden; die neuen Wolken, die unsichtbar darum heraufzogen, drohten einen herberen Schlag, als in dem die alten sich entladen. Die junge Witib durfte nun eine Braut scheinen. Sie tat, wonach man sie neidend gefragt hatte; sie vervollständigte ihre Einrichtung. Glatte Nächte sah sie schneidend und nährend über weißes Sinnen und buntes Bettzeug gebückt. Es fielen Tränen darauf, aber die Freude behielt immer weniger Anteil an diesen Tränen. Sie sah des geliebten Mannes Zustand stündlich sich verschlimmern und konnte darüber nicht im Zerkum sein, daß die Heirat die Schuld daran trug. Je blässer und hinfalliger er wurde, desto milder und achtungsvoller wurde sein Benehmen gegen sie. Ja, es war etwas darin, was wie schmerzliches Mitleid und unausgesprochene Abbitte eines Unrechts oder einer Beleidigung ausah, deren er sich gegen sie schuldig wisse. Sie wußte nicht, was sie davon denken sollte; nur, daß sie nichts denken durfte, was das Bildes, das sie von ihm in ihrer Seele trug, unvollständig gewesen wäre. In seiner Gegenwart war sie still wie er. Sie sah sein stummendes schmerzliches Brüten; aber erst, wenn sie allein war, und ihre Kinder neben ihr schliefen, hatte sie den Mut, ihn zu bitten. Stundenlang bat sie dann wie ein Kind, er soll ihr doch sagen, was ihm fehlt. Sie will es mit ihm tragen; sie muß ja; ist sie nicht sein?

Und Apollonius selbst? Bis jetzt hatte er den Druck dunkeln Schuldgefühls, der sich an den Gedanken der Heirat knüpfte, zu schwächen vermocht, wenn er unentschieden den Entschluß in unbestimmte Ferne hinauswies. Dabei hatte ihm die Hoffnung geholfen, jenes Gefühl sei eine krankhafte Umwandlung, die vorübergehen werde. Nun der alte Herr sein Machtwort gesprochen, war ihm jenes Mittel genommen. Das Ziel war bestimmt; mit jedem Tage, mit jeder Stunde trat er ihm näher. Er mußte sich entscheiden. Er konnte nicht. Die Entzweiung seines Innern kaffte immer weiter auf. Wollte er dem Glücke entsagen, dann wies das Ge pfeist der Schuld, aber das Glück streckte immer verlockendere Arme nach ihm aus. Es nahm seine Gier zum Wüthener. Der Vater entfernte ihn dann; wie sollte er sein Wort halten? Wo war ein Barmherzig, wenn er das Glück in seine Arme nahm? Der Vater wollte es; sie liebte ihn und hat ihn immer geliebt, nur ihn; alle Menschen billigen es, ja sie fordern es von ihm. Dann sah er sie, ehe sie ihm geraubt wurde, wie sie das Glöckchen hinlegte für ihn, wozu unter der braunen, krausen Locke, die sich immer frei macht; dann bleich unter der Locke von den Mißhandlungen des Bruders, der sie ihm geraubt, bleich um ihn; dann zitternd vor des Bruders Drohungen, zitternd um ihn; dann lachend, weinend, voll Angst und voll Glück in seinen Armen. Und so soll er sie halten dürfen, vorwurfslos, die ihm gehört! Aber durch ihr schwellendes Umfängen, durch alle Bilder Hüllen, sanften Glück hindurch brodelte ihm der alte Schauer wieder an. So war's schon in seinem Traume, als er mit dem Bruder kämpfte um sie, und ihn hinabstieß von der siegenden Kluft in den Tod. Er sagt sich, daß was nur im Traume; was man im Traume tat, hat man nicht getan. Aber wachend hallten die wilden Gefühle des Traumes nach. Die bösen Gedanken machten ihn unfähig, den Bruder zu retten. Der Sturz des Bruders machte dessen Weib frei. Er wußte das, als er den Bruder stürzen ließ. Deshalb ja hatte er ihn im Traume gestürzt. Nun war es ja, wie in dem schlimmsten Traume, der Bruder war tot und er hatte sein Weib. Nimmt er des Bruders Weib, die frei wurde durch den Sturz, so hat er ihn hinabgestürzt. Hat er den Lohn der Tat, so hat er auch die Tat. Nimmt er sie, wird das Gefühl ihn nicht lassen;

wurde. Deut begann das wir morgen.

— Spi Dienstag ab lung ab.

fr. Die schreibt uns stimmten E Neberkreit hatten, Pre stehen. Da unter and Klasse den mehr durch jellen Zi werden. Hi amtlichen S Sinne ange folgreich du die Verbrau zusehen, dan der Fleisch werden, da der Aufrech entgegenbr

— Sei „Auguste B für das G Wissensver Nachwirkun statet, wenn Besuch der 269 im Wor zielten Heile dagegen ha große Steig Beistätte tu 7 M für Ge auf 7.50 be Seizung vo betrage (72 Dieser Fehz wenn nicht ebenso wie 14 800 M) Pachtung d forzung der Kartoffeln, Graupen be durch die fa bei der Pa fast gedeck weise mir u gert hat G Pflegegeld Höhe von im Betrage liche Lüber Beträge von im Betrage 5325 M (im gegen 17 35 Ausbruch d Ausbildung konnte infol richtsjahres erst im Fe zwei derart merinnen h März mit b der Heistät Personen h mit besten Reistungslä höchtem Ma den währer gen der Hei ist ebenso r meifier un Ordnung k

agb. 2 mens in de oft die Fre geschäftliche Kriegas un treten, allg Rechtspred daß nach d steuerrechtli auf der Ak posten mög bung auf i schäftlichen aber der R teil entzie kann nicht einzelnen r richtigen V delsgesell des 8 261 2 Attingesell mögen im mann nicht Entwertung Posten unt der stehen i fäße ordn gegen noch schreibung Gesamtabja Attwirver führt der v fab, daß di Lage- und

andere nicht ernst zu nehmen. Heute morgen um 6 Uhr war großes Beden, um 8 Uhr begann das Königschießen. Einen ausführlichen Bericht bringen wir morgen.

— **Spielvereinigung.** Die Spielvereinigung hält am Dienstagabend 8½ Uhr eine wichtige Mitgliederversammlung ab.

fr. **Die neuen Viehpreise.** Das Kreiswirtschaftsamt schreibt uns: Die von der Reichsregierung kürzlich neu bestimmten Schlachtviehpreise sind Höchstpreise, die eine Ueberschreitung nach oben nicht zulassen, dagegen aber gestatten, Preise zu zahlen, welche unter den Höchstpreisen stehen. Das Landesfleischamt weist hierauf hin und sagt unter anderem, daß es durchaus unbedenklich sei, für jede Klasse den starren Höchstpreis anzuwenden, es müsse vielmehr durch Ausbilden der dem wirklichen Werte des einzelnen Tieres entsprechenden Preise beim Ankauf festgelegt werden. Hiernach soll in Zukunft verfahren werden. Die amtlichen Verkäufer und Vertrauensmänner sind in diesem Sinne angewiesen worden. Läßt sich die Maßnahme erfolgreich durchführen, dann wird es alsbald möglich sein, die Verbraucherpreise für Fleisch nicht unwesentlich herabzusetzen, damit auch die minderbemittelte Bevölkerung wieder Fleisch kaufen kann. In dem Sinne kann erwartet werden, daß die Erzeuger dieser Regelung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Verständnis entgegenbringen.

— **Heilstätten-Verein des Regier.-Bezirks Minden.** „Augusta Viktoria-Stift“. Dem Jahresbericht des Vereins für das Geschäftsjahr 1919 entnehmen wir folgendes Wissenswertes: Das Gesamtergebnis hat sich infolge der Nachwirkungen des Krieges leider wieder ungünstig gestaltet, wenn auch nicht so ungünstig wie im Vorjahre. Der Besuch der Heilstätte (durchschnittliche Belegziffer 267 gegen 269 im Vorjahre) und die bei den verpflegten Kranken erzielten Heilerfolge sind zwar wiederum recht gute gewesen; dagegen haben die Betriebskosten der Heilstätte eine so große Steigerung erfahren, daß die Jahresabrechnung der Heilstätte trotz der Erhöhung des Pflegegeldes (auf 6 bzw. 7 M für Einzelzimmer vom 1. Januar bis 15. Juli, dann auf 7,50 bzw. 10 M und hierzu noch 1 M Zuschlag für die Heizung vom 1. Oktober ab) abermals mit einem Fehlbetrag (72 005,31 M) abschließt (im Vorjahre 93 981,57 M). Dieser Fehlbetrag würde sich noch höher gestellt haben, wenn nicht der landwirtschaftliche Betrieb bei der Heilstätte ebenso wie im Vorjahre einen erheblichen Ueberschuß (rund 14 800 M) erzielt hätte. Er hat auch im Verein mit der Pachtung des Gutes Beddinghausen die Lebensmittelversorgung der Heilstätte durch Selbstherstellung von Gemüse, Kartoffeln, Milch, Eier, Fleisch, Fett, Mehl, Haferflocken, Graupen bedeutend erleichtert. Der Fehlbetrag ist übrigens durch die sonstigen Einnahmen des Vereins und durch den bei der Pachtung von Beddinghausen erzielten Ueberschuß fast gedeckt, so daß sich das Vereinsvermögen erfreulicherweise nur um den geringen Betrag von 2600,51 M verringert hat (im Vorjahre 5153,71 M). Ermäßigungen des Pflegegeldes sind im Berichtsjahre an 174 Kranke in der Höhe von 16 411,50 M (im dem Vorjahre an 132 Kranke im Betrage von 13 168 M) gewährt, Krankenhilfe für männliche Tuberkulose und Kinder in 15 bzw. 20 Fällen im Betrage von 2120 M (im Vorjahre in 13 bzw. 18 Fällen im Betrage von 1626 M (im Vorjahre für Fürsorgestellten 5325 M (im Vorjahre 3676,75 M), zusammen 23 856,50 M gegen 17 854,20 M im Vorjahre. Der im Vorjahre durch Ausbruch der Revolution plötzlich unterbrochene kostenlose Ausbildungskursus für Tuberkulose-Fürsorgeschwestern konnte infolge der unruhigen Verhältnisse während des Berichtsjahres nicht wieder aufgenommen werden; es ist dies erst im Februar und März dieses Jahres geschehen, wo zwei derartige vierzehntägige Kurse mit 14 und 18 Teilnehmerinnen hintereinander vom 1. bis 15. und 16. bis 27. März mit bestem Erfolge abgehalten sind. Alle Angehörigen der Heilstätte und die in ihrem Betriebe sonst beschäftigten Personen haben sich in aufopfernder und hingebender Weise mit bestem Erfolge bemüht, den an ihre Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit unter den jetzigen Verhältnissen in erhöhtem Maße gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Bei den während des Berichtsjahres wiederholten Besichtigungen der Heilstätte durch den Vorsitzenden und Schriftführer ist ebenso wie bei den Kasienprüfungen durch den Schatzmeister und Herrn Rechnungsrat Dethloff stets alles in Ordnung befunden.

agv. **Minderbewertung eines gewerblichen Unternehmens in der Bilanz.** Bei Aufstellung von Bilanzen wird oft die Frage erörtert, ob nicht die Wertverminderungen gewerblicher Unternehmen, wie sie unter dem Einfluß des Krieges und der Revolution fast täglich in die Erscheinung treten, allgemeine Abschreibungen zulassen. Die bisherige Rechtsprechung der Einzelstaaten vertritt den Standpunkt, daß nach den für die Beurteilung der Bilanz maßgebenden steuerrechtlichen Grundsätzen Abschreibungen nur an den auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführten einzelnen Wertposten möglich, daneben aber für eine allgemeine Abschreibung auf den Wert eines Unternehmens als einer wirtschaftlichen Einheit kein Raum gegeben sei. Nunmehr hat aber der Reichsfinanzhof am 13. Januar 1920 das Gegenteil entschieden, und u. a. ausgeführt: Die Steuerpflichtige kann nicht gehalten sein, die Abschreibungen stets an den einzelnen Aktiven vorzunehmen. Vom Standpunkt der richtigen Vermögensbewertung, wie sie nach § 40 des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit den Einschränkungen des § 261 Ziffer 1—3 des Handelsgesetzbuches auch für die Aktiengesellschaften gilt, muß es genügen, wenn das Vermögen im ganzen richtig festgelegt ist. Es kann dem Kaufmann nicht verwehrt sein, die in einem Jahre eingetretene Entwertung seines Vermögens in der Bilanz in einem Posten unter den Passiven zum Ausdruck zu bringen. Weder stehen dem die gesetzlichen Vorschriften über die Grundsätze ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung entgegen, noch liegt ein innerer Grund vor, eine solche Abschreibung auf das Gesamtunternehmen im Sinne einer Gesamtabschreibung ohne Aufgliederung für die einzelnen Aktivposten als unzulässig zu bezeichnen. Im Gegenteil führt der von der Steuerrechtsprechung anerkannte Grundsatz, daß die Einzelwerte der einzelnen Bestandteile des Anlage- und Betriebskapitals eines gewerblichen Unterneh-

mens nur Rechnungsfaktoren für die Ermittlung des Wertes des Unternehmens im ganzen bilden und daß daher die Summe jener Einzelwerte nicht ohne weiteres diesen Gesamtwert darstellt (vergl. u. a. Entscheidungen des preussischen Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuerfällen V. 117, VI, 34 ff.) folgerichtig dazu, daß, wenn die bloße Zusammenzählung der Einzelwerte eine den dem Unternehmen als ganzen beizumessenden Wert übersteigende Summe ergibt, weitere Abschreibungen an der Summe der Einzelwerte bis auf den wirklichen Wert des Unternehmens im ganzen darstellenden Betrag zuzulassen sind.

— **Bauernregeln für den Juli.** Hundstage hell und klar, zeigen an ein gutes Jahr, — werden Regen sie bereiten, kommen nicht die besten Zeiten. — Sommers Höhenrauch in Menge — ist Vorbote von großer Winterstrenge. — Sind abend über Wief' und Fluß Nebel zu schauen, — wird die Luft schön anhaltend Wetter brauen. — Staubregen wird guter Bote sein, — schon trocken Wetter tritt dann ein. — Wenn das Gewitter schnell vorbei, — kommt bald ein and'res an die Reih'. — Dampf das Strohdach den Gewitterregen, — kehrt's Gewitter wieder auf andern Wegen. — Dem Sommer sind Donnerwetter nicht Schande, — sie nützen der Lust und dem Lande. — Machen die Ameisen ihre Haufen im Juli höher, so folgt ein harter Winter. — Gibt Ring oder Hof sich Sonn' oder Mond, — bald Regen und Wind uns nicht verschont.

fr. **Flachsauflösung.** Die Flachsente verspricht in diesem Jahre, besonders in dem Hauptanbaugebiete in Schlesien reichen Ertrag. Auch hier bei uns steht eine Volleente in Aussicht. Zu empfehlen ist, wo es nur irgend geht, den Flachs in der eigenen Wirtschaft nach dem alten Verfahren im Tau oder in den Röstefußeln aufzubereiten, da die Röstanstalten wegen der Kohlennot nicht in der Lage sein werden, die Ernte an Strohschlach 1920 in Röstschlachs umzuwandeln. Den Lieferanten von Strohschlach oder Röstschlachs steht — je nach der Menge der Ablieferung — wieder der Bezug von Leinwand zu ermäßigten Preisen frei. Die Reichswirtschaftsstelle für Flachs hat nunmehr endgültig die Preise für Strohschlach auf 70—100 M pro Doppelzentner und die Preise für Röstschlachs auf 125—175 M festgesetzt. Die geregelte Bewirtschaftung des Flaches bleibt demnach nach einstimmig gefaßtem Beschluß der Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie für das Jahr 1920 bestehen. Für das Jahr 1921 ist in Aussicht genommen, den Flachs wieder der freien Bewirtschaftung frei zu geben.

p. **Postverkehr nach den Kreisen Eupen und Malmédy.** Es scheint noch nicht genügend bekannt zu sein, daß der Postverkehr nach Eupen in den unter belgischer Verwaltung stehenden Kreisen Eupen und Malmédy den Auslandsgebühren unterliegt. Wer sich Weiterungen ersparen und unnötige Kosten vermeiden will, frankiere die Sendungen nach jenen Gebietsstellen richtig.

Sippische Freistaaten.

Detmold, 6. Juli. Ende Juli wird der Straßenbahnverkehr Detmold-Horn aufgenommen werden. Da die Eisenbahndirektion Hannover eine Pflanzung mit dem Staatsbahngleis im Johannental abgelehnt hat, muß mit ungeheuren Kosten eine Unterführung gebaut werden, die jedoch erst in etwa 3 Monaten fertig ist. Bis dahin wird der Verkehr durch Umsteigen bewerkstelligt werden. Für die Strecke ist Stundenverkehr vorgesehen.

b. Detmold, 4. Juli. Dem Vernehmen nach ist in den letzten Tagen die „Sippische Landeszeitung“, das Organ des früheren Mitgliedes des Reichstages und der Nationalversammlung, Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer, veräußert und zwar an Herrn Matthias Stinnes. Die 154 Jahre alte Zeitung war in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter Leitung Quentins nationalliberal, wurde dann parteilos, aber nicht farblos und ging 1898 in den Besitz des Dr. Alfons Stengels aus Albingen über, der sie 1899 wieder an seinen Freund Dr. Neumann-Hofer veräußerte. Durch diesen erhielt das Blatt eine ausgesprochene demokratische Richtung und nahm auch einen für sippische Verhältnisse gewaltigen Aufschwung. In Verbindung mit dem Verkauf steht die Niederlegung des Abgeordnetenmandats zum sippischen Landtag durch den bisherigen Leiter der Landeszeitung Staerke. Als Kaufpreis wird eine siebenstellige Zahl genannt.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wittenberg, 3. Juli. Der hier in Haft befindliche Mörder der beiden Polizeiwachmeister Langhammer und Thiele verurteilte, den Gefängnisinspektor, der ihn wegen seiner Unbotmäßigkeit zur Rede stellte, zu erwürgen. Der 24jährige Burche sprang den Beamten in der Zelle von hinten an und drückte ihm die Kehle zu. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen kamen Gefängniswärter herbei, die den Beamten aus seiner Lage befreiten. Der Mörder wurde am anderen Tage unter Begleitung zweier Beamten in das Landgerichtsgefängnis nach Hagen transportiert.

Köln, 3. Juli. In der letzten Stadtkorrespondenzversammlung begann die erste Lesung des Haushaltsplanes 1920/21, die der Oberbürgermeister mit einer bedeutungsvollen Ansprache einleitete. Er verbreitete sich eingehend über die künftigen Finanzen, die er nach dem verlorenen Krieg im Gegensatz zu der finanziellen Belastung anderer Städte als nicht unbefriedigend hinstellte. Die Schulden der Stadt hätten sich im Laufe des Krieges und nach dem Kriege bedeutend vergrößert. Für die Zeit bis Ende März 1920 betrugen die Ausgaben für Kriegszwecke und Zwecke der Uebergangsverwaltung, die durch Anleihe zu decken seien, 154 Millionen Mark. Diese Ziffer sei heute schon überholt. Die Kriegswirtschaft, unter welcher die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen falle, habe im letzten Halbjahr der Stadt weit größere Verluste gebracht, als man annehmen konnte. Die Kriegswirtschaftlichen Betriebe hätten in der Zeit vom 30. September 1919 bis 31. März 1920 der Stadt einen Verlust von 61 Millionen Mark gebracht. Das Schmerzenskind des Haushaltsplanes ist die städtische Bahn. Die letzte Tarifserhöhung habe nicht, wie vielfach angenommen wurde, einen Rückgang der Einnahmen gebracht, im Gegenteil seien die Einnahmen über die Schätzung bei Einbringung der Tarifserhöhung hinausgegangen. Man rechnete mit einem Verkehrsrückgang von 33 Prozent infolge der Tarifserhöhung. Er betrug aber nur etwa 25 Prozent. Trotzdem konnte die Bahn nicht ihre Ausgaben aufbringen. Wenn die vorgesehenen Betriebs Einschränkungen nicht eintreten, würde die Bahn mit einem Fehlbetrag von etwa 20 Millionen Mark allein für dieses Jahr abschließen. Die Gesamtsummen, einschließlich der schwebenden, denen aber entsprechende Vermögenswerte gegenüberstünden, beliefen sich auf 460 Millionen Mark. Der Oberbürgermeister zeigte die Wege, die gegangen werden könnten, um aus den großen Schwierigkeiten

herauszukommen. Vor allen Dingen sei es notwendig, daß der Staat die Zwangswirtschaft bedeutend abbaue, die für Kauf der Jahre in einen kläglichen Zustand geraten sei. Sie müsse auf den meisten Gebieten verschwinden. Würden diese Maßnahmen nicht eintreffen, so würden die städtischen Finanzen außerordentlich schweren Schaden leiden. Der Oberbürgermeister teilte mit, daß seit Anfang 1919 2362 Firmen neu in das Handelsregister eingetragen worden seien. Köln sei ein ganz bedeutender Bankplatz geworden. Es befinden sich zur Zeit in Köln 22 konsularische Vertretungen. Diesem bedeutungsvollen wirtschaftlichen Emporblühen der Stadt die Wege zu ebnen, sei die große Aufgabe der Stadtverwaltung. Es müßten Einrichtungen in Köln geschaffen werden, die die Ein- und Ausfuhrfragen für jeden Kaufmann, Inländer wie Ausländer, schnell und vollständig klarstellten. Der Haushaltsplan wurde der Finanzkommission zur Beratung überwiesen. In der nächsten Woche wird mit den einzelnen Beratungen begonnen werden können.

Neue Lebensmittelunruhen in Darmstadt.

Wth. Berlin, 3. Juli. Wie das Acht-Uhr-Abendblatt meldet, kam es gestern abend in Darmstadt erneut zu großen Demonstrationen und Unruhen. Die Menge zog zum Rathaus und durchschneidte die Telephondrähte, um die Benachrichtigung der Sicherheitswehr zu verhindern. Diese war dennoch verständigt worden und zerstreute die Menge durch Schreckschüsse. Am Donnerstag hat es einige Tote gegeben.

Ein Bombenattentat in Bulgarien.

Wien, 4. Juli. Die Neue Freie Presse meldet aus Sofia: Während eines Vortrages zugunsten der Opfer des bulgarischen Terrors im Odeontheater in Philippopolis explodierten mehrere Bomben, wodurch das Theater teilweise zerstört wurde. Unter den Trümmern blieben ungefähr 150 Leichen. Auf den Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Man vermutet, daß ein Attentat gegen den Ministerpräsidenten Stamboliski beabsichtigt war, dessen Besuch im Odeontheater erwartet wurde.

Die Berliner Nachzugräber verhaftet.

Wir berichteten, daß in dem am vorletzten Sonnabend abend gegen 12 Uhr vom Leichter Bahnhof in Berlin abgehenden Nachzug Berlin-Hamburg ein Raubmordversuch ausgeführt wurde, bei dem dem Volontär Kurt Lettmann aus Leipzig mehr als 4500 M, der Gut sowie der Regenmantel geraubt wurde. Die Täter, eine Frauensperson und zwei Männer, hatten Lettmann in dem Abteil zweiter Klasse überfallen und so lange am Halse gewürgt, bis er anscheinend tot war. Man fand den von den Räubern aus dem Zuge geworfenen Verurteilten nahe der Station Wittenberge schwer verletzt auf. Die Ermittlungen ergaben, daß die Täter mit dem Zuge nach Hamburg weitergefahren waren. Lettmann, der in Wittenberge ins Krankenhaus geschafft wurde, gab, soweit ihm dies möglich war, eine Personalbeschreibung der unbekannten Täter. Auf Grund dieser Beschreibungen glaubten Hamburger Kriminalbeamte die beiden unbekannten Täter am Donnerstag abend in einer Wirtschaft zu erkennen. Man beobachtete die beiden Verdächtigen, die flucht zählten, und verhaftete sie, als sie das Lokal verließen. Man stellte fest, daß die Verhafteten den am 17. Juni 1901 zu Treptow geborene Landwirtschaftsschüler Ernst Adolf Otto Oldenburg und der am 25. August 1901 in Berlin geborene Berufscolleg Erwin Otto Christian Herzog sind. Bei der Vernehmung der beiden Festgenommenen bestritten O. und H. zunächst jede Schuld. Erst als man bei Herzog einen frischen Verband am rechten Daumen entdeckte, den Verband löste und die Wunde als eine Stichwunde erkannte, wurde Herzog in ein Kreuzverhör genommen, bei dem er schließlich die Tat eingestand. Diefem Geständnis schloß sich Oldenburg an. Beide gaben an: Seit längerer Zeit seien sie verheiratet. Sie wohnten seit längerer Zeit in Hamburg und lernten in einem Lokal in Altona die Ehefrau Frieda Meta Geline Jensen kennen. Das Trio fuhr dann zusammen nach Berlin. Mit dem Nachzug am Sonnabend kehrten sie zusammen nach Hamburg zurück. Während der Rückfahrt sah die Jensen den Lettmann in dem Abteil zweiter Klasse allein sitzen. Sie entwarf den Plan, 2. zu berauben und, falls erforderlich, zu ermorden. Sie besprach sich mit Herzog und Oldenburg, die sie zur Tat veranlassen konnten, da sie infolge ihrer Mittellosgkeit auf ihren Vorschlag eingingen. Man beschloß, Lettmann aus dem Zug zu werfen, sobald man ihn ausgeraubt hatte. Man schritt dann sofort zur Tat. Lettmann wurde, nachdem er durch die Würger bis zur Bewußtlosigkeit gewürgt worden war, aus dem Zug geworfen und zwar gemäß einer vorherigen Abmachung nach jener Fahrkarte, an der kein Schienenstrang mehr liegt. O. und H. verbrachten ihren Raubanteil in verschiedenen Lokalen, so daß sie nichts mehr vom Gede haben. O. war nach seiner Vernehmung vollständig gebrochen und wollte Selbstmord verüben, wurde hiervon aber gehindert. Die Beamten gingen noch in der Nacht nach Barmbeck und holten die Jensen aus ihrer Wohnung. Die J. schiebt nun alle Schuld auf die beiden Tatgenossen. Lettmann befindet sich im Wittenberger Krankenhaus auf dem Wege der Besserung.

Man soll keine Briefe schreiben.

Eine romantische Geschichte von einem 70jährigen Liebhaber und einem aufgehobenen Brief beschaffte das oberfränkische Schwurgericht, vor dem sich die 21jährige Dienstmagd Klug im Verein mit dem 70jährigen Landwirt Förtisch wegen Meineides, bezw. Anklage dazu zu verantworten hatte. Die Angeklagte Klug war von 1915 bis 1919 bei dem Witwengelagten Förtisch als Dienstmagd in Stellung. Der noch rüstige Angeklagte trat mit dem blutigen Ding bald in nähere Beziehungen. Am 19. Juni 1917 gebar die Klug ein außerordentliches Kind, das aber im März 1918 wieder starb. Schon bald, nachdem der Zustand des Mädchens offenbar geworden war, munkelte man im Dorfe davon, daß ihr Dienstherr Förtisch der Vater des zu erwartenden Kindes sei. Eines schönen Tages ließ Förtisch die Maurerscheffrau Marie Baum, die der Klug gegenüber derartige Vermutungen hatte laut werden lassen, zu sich kommen und verprügelte sie nach Herzenslust. Frau Baum erstattete Anzeige und am 11. Juni 1917 fand vor dem Schwurgerichte Bamberg Verhandlung gegen Förtisch wegen Körperverletzung statt. Zu dieser Verhandlung wurde auch die Klug als Zeugin eidlich vernommen und gefragt, ob sie mit ihrem damaligen Dienstherrn, dem heutigen Mitangeklagten, intimen Verkehr gepflogen habe. Sie verneinte dies unter Eid. Förtisch hat die Klug zu ihrer falschen Aussage verleitet. Förtisch wurde wegen Körperverletzung verurteilt und die Geschichte war aus. Ein eigenartiger Zufall sollte es fügen, daß sie später wieder in Klug kam. Im Jahre 1919 war die Klug bei Förtisch aus dem Dienst getreten und zu ihrer Mutter zurückgekehrt. Von hier aus hatte sie am 21. Oktober 1919 an Förtisch einen Brief geschrieben, weil sie nicht die versprochene Leibwäsche erhalten habe, und worin die Klug auch ganz offen daran erinnerte, daß Förtisch der Vater ihres am 19. Juni 1917 geborenen Kindes sei. Förtisch hatte dieses Brief aufgehoben. Ein nach der Klug bei Förtisch eingetretenes Dienstmädchen fand ihn und übergab ihn der Maurerscheffrau Baum, die damals von Förtisch verprügelt worden war, und nun kam der Stein ins Rollen. Dem jugendlichen Opfer des alten Lebermanns wurden mildernde Umstände zugestanden. Dieser selbst aber wegen Verleitung zum Meineid ins Zuchthaus geschickt. Sh.

(Fortsetzung folgt)

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Werden die Möbel billiger?

Seit Beginn der Aufwärtsbewegung unseres Marktes hat sich, wie auf anderen Märkten, auch in der Möbelbranche eine auffallende Zurückhaltung des laufenden Publikums bemerkbar gemacht. Die Masse der Käufer rechnet offenbar mit einer bevorstehenden wesentlichen Senkung der Preise für fertige Möbel. Diese Erwartung muß sich aber leider bei kritischer Betrachtung der tatsächlichen Wirtschaftslage als irrig erweisen. Zunächst liegen gegenüber der bis vor kurzem noch bestehenden stürmischen Nachfrage keinerlei innere Gründe dafür vor, daß der Bedarf in Wirklichkeit geringer geworden wäre. Daraus ergibt sich, daß die seit den letzten politischen Wirren geübte Zurückhaltung der Konsumenten alsbald eine um so stärkere Nachfrage auslösen muß.

Dieser Umstand wird einen noch größeren Einfluß auf eine nach oben gerichtete Preisbildung gewinnen, wenn infolge des Wiedereintritts der Bautätigkeit, die nicht mehr länger aufzuhalten ist, und durch die Begründung des Siedlungsverbandes, die gerade für das Industriegebiet in greifbarer Nähe gerückt ist, die Wohnungsfrage und die Unterbringung von Möbeln weniger Schwierigkeiten bieten wird, wie bisher. Wieviel Tausende von Brautpaaren müssen doch heute noch auf die Gründung eines eigenen Heimes verzichten, weil sie keine Wohnung bekommen können. Die Bautätigkeit wird aber ferner auch durch den Bedarf an Bauhölzern die Menge des für die Möbelfabrikation zur Verfügung stehenden Rohmaterials verringern. Dabei sind die den Produzenten zur Verfügung stehenden Bestände schon jetzt so gering wie nie zuvor, so daß kleine Betriebe, wie man zu sagen pflegt, von der Hand in den Mund leben müssen.

Mit einer nachhaltigen und wesentlichen Senkung der Rohmaterialienpreise ist keineswegs zu rechnen. Die Inlandspreise werden selbst bei ihrem höchsten Stande den Weltmarktpreisen keineswegs angelehnt. Selbst auf Grund unserer heute gebesserten Valuta ist Auslandsware immer noch 50—100 Prozent teurer wie Inlandsware, so daß wir nicht daran denken können, diejenigen großen Mengen Hölzer, die wir vordem aus Polen, Rumänien, Finnland, Schweden, Amerika, Japan usw. bezogen haben, in absehbarer Zeit in genügender Menge wieder einzuführen. Dieser Mangel wird sich bald umso mehr fühlbar machen, als der ausgeprägte Rohbau, der zur Zeit mit unseren geringen inländischen Waldbeständen getrieben wird, auf die Dauer nicht fortzuführen ist.

Auf dem Holzmarkt ist zur Zeit eine wesentliche Preissteigerung eingetreten für minderwertige, in der Möbelfabrikation nicht in Betracht kommende Hölzer. Gute, trockene, gepflegte Hölzer, die allein für die Anfertigung von Möbeln in Frage kommen, sind so knapp, daß sie noch auf Jahre hinaus nicht wesentlich billiger werden können. Wenn tatsächlich jetzt eine mäßige Preissteigerung auch hier eingetroffen ist, so ist dies an sich zu begrüßen, damit hierdurch in etwa ein Ausgleich gegenüber den teurer stehenden Produktionskosten (Steuer, Löhne, Rohle usw.) geschaffen wird. Eine tatsächliche Verbilligung des Fertigfabrikates kann dadurch jedoch nicht herbeigeführt werden, da man nicht vergessen darf, daß die Löhne vorerst nicht abgebaut werden können.

Aber nicht nur Holz und Löhne kommen in Betracht, sondern auch alle übrigen zur Herstellung von Möbeln notwendigen Materialien, wie Glas, Lein, Beschläge, Schellack, Beize usw. Der Holz-

verbrauch entspricht übrigens nur etwa dem vierten Teile der Gesamtwerkstoffkosten, und wenn wirklich (was aber nach dem Vorhergehenden als vollständig ausgeschlossen betrachtet werden muß) das Holz im Laufe der Zeit eine Verbilligung erfahren sollte, dann stellen sich auf der anderen Seite die Ausgaben für Löhne, Rohmaterialien usw. wieder höher.

Wie kann da von einem Billigerwerden der Möbel die Rede sein? Aus all diesen Erwägungen heraus muß man sich der in den maßgebenden Kreisen herrschenden Auffassung anschließen, daß die jetzige, keinesfalls auf einer Überproduktion beruhende Stagnationskrise, je länger sie anhält, die chronische Unterproduktion, an der wir schon seit Jahren leiden, in katastrophaler Weise zu verschärfen droht. Tritt ein Rückschlag unserer Valuta, der uns hoffentlich erspart bleibt, dennoch ein, so wird dieser ein geradezu sprunghaftes Emporschnellen der Möbelpreise hervorrufen. (D. S. Nr. 70).

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	8. Juli		2. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Motterdam	1343,65	1344,85	1331,65	1333,85
Brüssel-Antwerpen	329,50	330,60	329,65	330,85
Genève	629,25	630,75	622,85	623,15
Kopenhagen	619,25	620,75	618,35	619,65
Stockholm	829,00	831,00	834,15	835,85
Helsingfors	130,25	130,75	164,80	165,20
Wien	226,75	227,25	225,25	226,75
London	150,25	150,75	149,22	149,52
New York	36,75 1/2	36,75 1/2	37,70	37,80
Paris	319,50	320,50	312,70	313,30
Schweden	684,25	685,75	678,30	679,70
Spanien	621,75	623,25	611,85	613,15
Wien (alt)	20,82 1/2	20,42 1/2	22,47	22,53
do. (Deutsch-Schl. abgeheimp.)	23,20	23,30	25,72	25,78
Bras.	85,40	85,60	86,52 1/2	86,72 1/2
Budapest				

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Tagesordnung

für die am

Freitag, den 9. Juli 1920, 5 1/2 Uhr nachmittags,

stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Vorlagen des Magistrats betreffend:
 - a. Befolgsordnung für die Beamten und Angestellten der Stadt Herford.

- b. Bericht zum Bezirksarbeitsgeber-Verband für Minden-Ravensberg.
- c. Gewährung von Teuerungszulagen an die städt. Arbeiter.
- d. Gewährung eines Zuschusses an die Oberlehrerinnen.
- e. Ordnung betr. das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule und der städt. Handelsschule.
- f. Errichtung einer techn. Hilfslehrerinnenstelle am städtischen Gymnasium.
- g. Aufnahme einer Anleihe von 49 000 M zur Anlage einer Transmission und zur Beschaffung eines Pumpenwerks.
- h. Bewilligung von Mitteln für den Anstrich der Eisenbahn in den Schlacht- und Schlachthäusern des städt. Schlachthofes.
- i. Erhöhung der Grundstücksentwässerungsgebühren für das Rechnungsjahr 1920.

Herford, den 2. Juli 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Der Hauptvoranschlag der Kammereinfasse der Stadt Herford für das Rechnungsjahr 1920 liegt gemäß § 66 der Westfälischen Städteordnung vom Mittwoch, den 7. Juli ab eine Woche im Rathaus, Zimmer Nr. 54, zu Jedermanns Einsicht aus.

Der Magistrat.

In der Zeit vom 11. Juni bis 2. Juli 1920 wurde bei uns gemeldet:

als gefunden: 1 silbernes Armband, 1 goldener Anker, 1 Brosche, 1 schwarze Samstertasche, 1 silberne Nadel, 1 Bollerwagen, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Brille, 1 Geldbetrag in zwei Geldscheinen, 1 Notenstein, 1 schwarze Handtasche, 1 Rund Schlüssel mit Metallnummer 4531.

als verloren: 2 silberne Armbänder, mehrere Briefschaften mit Inhalt, 1 schwarze Geldmappe, 1 goldene Armbanduhr, mehrere Portemonnaies mit größerem Geldbetrag; als auf der Wiese aufgefangen: 1 Huhn; als entlaufen: 2 Gänse, 1 Huhn.

Herford, den 2. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Herford.

Die Bestimmung II zu § 2 der Preussischen Ausführungsanweisung vom 5. Juni 1919 — VI d 1799, betreffend Höchstpreise für Schlachtpferde, wird aufgehoben.

Berlin, den 18. Juni 1920.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

In Vertretung gez. Unterschrift.

Veröffentlicht!

Herford, den 2. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Die Getteinheit für die Zeit vom 7. bis 13. Juli 1920 beträgt: a) für **Verzehrungsbezogene**: auf die Gettemasse 25 200 Gramm Kaffee zum Preise von 4 M, 2. auf die Margarine 30 200 Gramm Margarine zum Preise von 4,90 M; b) für **Selbstverzehrung**: 1. 75 Gramm Butter (eigener Erzeugung), 2. auf die Margarine 25 Gramm Margarine zum Preise von 62 M zur Verfügung.

Herford, den 3. Juli 1920.

Kreiswirtschaftsamt des Landkreises Herford.

Kameradschaftl. Verein.
e. V.
Unser Kamerad
Alingstet
Salzburgerstraße 51, ist gestorben. Zur Beerdigung treten die Kameraden am Mittwoch, 2 1/2 Uhr nachm., beim Kameraden Bremer, Eidenstr. zusammen.
Der Vorstand.

Für die uns beim Heimgehen unserer lieben Entschlafenen in so reichem Maße erwiesene Teilnahme, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Hartmann, sagen wir allen unsern
herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Siemann.
Herford, Engerstr., 3. Juli 1920.

Der von uns festgesetzte **Bierpreis** für das **grosse Glas Bier** 1/20-1/20 beträgt
Mark 1.20
ohne Bedienung.
Verein Herforder Wirte
(Gruppe Saalwirte).

Wir suchen zum sofortigen Antritt
Zeitungs-Austräger
für verschiedene Strecken in der Stadt.
Auch Frauen sind erwünscht.
Herforder Zeitung für Stadt und Land.
Rennstraße 29/31.

Ein in Rheinland und Westfalen gut eingeführter
Vertreter
sucht Vertretung guter
Möbelfabriken.
Interessenten belieben Angebote unter S. 367 an die
H. v. Schürmann, Düsseldorf zu richten.

Aug. Bülter
Dienstag, Anfang 9 Uhr:
Fleisch-Verkauf.
Aug. Bülter.

Brennholz
prima Buche, sowie Mischholz (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde, trockene Ware, auf Ofenlänge geschnitten, täglich in jeder gewünschten Menge vorrätig, ab Lager, sowie frei Haus.
Buchen-Scheitholz
für Bäder ab Waggon zu Vorzugspreisen.
H. Wilke, Herford
Fernsprecher 489. Diebroderstr. 8.

Spielvereinigung
Herford.
Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche
Mitglieder-
Bersammlung
Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
Der Vorstand.
Tägl. 25 M. zu verdienen. Näh. bis 10. im Prof. Joh. Schuth, Adressenverl., Köln 690.

J. C. Ballspiel-Adewig.
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, außerordentliche
Bersammlung
Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.
Ein neuer
Umbang
zu verkaufen.
Klarenstraße 22.

Stenotypistin
an flottes und sicheres Arbeiten gewöhnt, zum 1. August gesucht.
Angab. m. Angabe über bisherige Tätigkeit und Befähigung von Zeugnisabschriften unter Nr. 8926 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Heiratsgesuch.
Ober-Seit. a. D., evangl., (65 Jahre, tüchtig) wünscht mit älterer, vermög. Dame zwecks Heirat in Verbindung zu treten.
Angab. unt. 8881 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sant-n. Sarnleiden,
Schwächegülden, Menstruationsbeschwerden, Weisfluß usw. andere Krankheiten behandelt in lang. erfolgreicher homöopath. Praxis. **W. Hermann,** Bielefeld, Hagenbrucherstr. 10. Täglich von 8—11 und 2—6, Sonntags von 9—11 Uhr.

Es peinigt Sie
und läßt Ihnen keine Ruhe, besonders nachts stört Sie **Gastfaden, Krämpfe,** verschwindet aber innerhalb 2 Tagen nach dem Gebrauch m. Spezialpräparates Nr. 10 M. 8.25, zur Unterstützung dient m. Spezialtee Nr. 3 M. 13.50.
Offene Beine Krampfadern, geschwüre usw. beseitigt mein „Mutter Oberin“ Krieger-Wundercrem M. 6.75 und 9.75. Sämtl. Präparate nur echt geg. Nachn. zuzüglich Porto u. Verpackung, vom
Laborat. Löwenhof 22
Dortmund 100.

Der bereits bekannt-gegebene dreimonatige
Zuschneide- und
Anfertigungs-
Kursus
für Frauen und Töchter
beginnt kommenden Montag, den 12. d. M., im Hotel zur Post (Steinmeier), Gammelingerstr. Damen, die wohl schon gelernt, aber noch nicht sicher im Zuschneiden sind, können einen Monat teilnehmen. Anmeldungen werden bis dahin möglichst in den Abendstunden im Hotel zur Post angenommen. Es ist hier jeder Interessentin Gelegenheit geboten, sich in der kurzen Zeit die Kenntnisse für den eigenen Bedarf zu erwerben.

Silberglänzend
wird jeder Ofen bei Verwendung von
Kosak
Staubfreier Ofenglanz.
Meinster Hersteller:
Carl Guntter, Göttingen (Württhg).

DRUCKEREI
FR. KUHLE
Herford, Rennstraße 29-31, empfiehlt sich zur Lieferung aller feinsten Drucksachen für Handel-, Industrie und Privat-Gebrauch. Spezialität: Druck von Broschüren, Prospekten, Katalogen in schwarz und bunt
FERNRUF
83